31.03.23**Beschluss**
des Bundesrates

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Behandlung von kommunalem Abwasser (Neufassung)**COM(2022) 541 final; Ratsdok. 14223/22**

Der Bundesrat hat in seiner 1032. Sitzung am 31. März 2023 gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG die folgende Stellungnahme beschlossen:

1. Der Bundesrat begrüßt die Neufassung der Richtlinie 91/271/EWG (Kommunalabwasserrichtlinie), die im Rahmen des europäischen Grünen Deals und der Null-Schadstoff-Strategie von der Kommission veröffentlicht wurde. Die Richtlinie bedarf nach über dreißig Jahren einer Anpassung an den Stand der Technik. Sie enthält wichtige Neuerungen für den Gewässerschutz, aber auch klima- und gesundheitspolitische Zielsetzungen.

Er begrüßt das Anliegen der Kommission, zum Schutz der Umwelt Schadstoffeinträge aus kommunalen Quellen durch die Behandlung von kommunalem Abwasser weiter zu reduzieren. Unterstützt wird auch die Absicht, eine Viertbehandlung von kommunalen Abwässern vorzusehen, um sicherzustellen, dass ein breites Spektrum von Mikroschadstoffen entfernt wird.

2. Weiterhin begrüßt er grundsätzlich das Vorhaben der Kommission, mit dem vorliegenden Richtlinienvorschlag auch ein nationales System zur Überwachung von kommunalem Abwasser einzuführen, das Parameter für die öffentliche Gesundheit beinhaltet.

3. Der Bundesrat begrüßt ferner, dass die Einrichtung einer Koordinierungsstruktur zwischen den für die öffentliche Gesundheit und die Behandlung von kommunalem Abwasser zuständigen Behörden vorgesehen ist.
4. Durch delegierte Rechtsakte sollen Anforderungen an individuelle Systeme, an die Dritt- und Viertbehandlung, an Indirekteinleitergenehmigungen, an die Klärschlammverwertung und an die Information der Öffentlichkeit nachträglich eingeführt beziehungsweise geändert werden können. Dabei handelt es sich jedoch vorwiegend um wesentliche Vorschriften, deren Regelung nach Artikel 290 Absatz 1 Satz 3 AEUV dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren vorbehalten ist. Das gilt insbesondere für materielle Festlegungen, da diese zu einem Investitionsaufwand führen können. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung daher, bei den weiteren Beratungen auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass delegierte Rechtsakte auf ein absolutes Minimum beschränkt werden.
5. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass in der Richtlinie alle wesentlichen Begrifflichkeiten und Nachweisverfahren im Zusammenhang mit neuen oder geänderten Anforderungen eindeutig definiert werden. Dies betrifft insbesondere die Verwendung des Begriffs „kommunale Abwasserlast“ („water pollution load“; Artikel 4 und Artikel 5), die Abgrenzung der Agglomerationen (Artikel 2), die Bewertung von Regenüberläufen (Artikel 5, Anhang V), die Bewertung der Energieneutralität (Artikel 11), die Berücksichtigung der Klimabedingungen (Artikel 13) und die Risikobewertung (Artikel 18).
6. Nach Artikel 2 Nummer 3 des Richtlinienvorschlags soll „nicht häusliches Abwasser“ zukünftig das in die Kanalisation eingeleitete Abwasser sein, das dem Zweck der Ausübung eines Gewerbes, der Tätigkeit einer Einrichtung oder einer industriellen Tätigkeit dient. Die Definition des Begriffes „nicht häusliches Abwasser“ ist nicht hinreichend bestimmt. Bei der Ausübung eines Gewerbes kann es sich auch um Dienstleistungen handeln, bei denen ausschließlich häusliches Abwasser anfällt. Die Ausübung eines Gewerbes macht das anfallende Abwasser noch nicht zu „nicht häuslichem Abwasser“. Unklar bleibt zudem, was unter dem Begriff „Einrichtung“ zu verstehen ist. Auch bei Niederschlagswasser handelt es sich um „nicht häusliches Abwasser“, das hier nicht gemeint

sein dürfte. Die Bestimmung des Abwassers als „nicht häusliches Abwasser“ sollte auch unabhängig davon sein, ob dieses in eine Kanalisation oder direkt in ein Gewässer eingeleitet wird. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung daher, sich dafür einzusetzen, dass der Begriff „industrielles Abwasser“ mit der bisherigen Begriffsbestimmung beibehalten wird.

7. In Deutschland wurde die Umsetzung des faktisch möglichen Anschlussgrads an zentrale Kanalisationen bereits weitestgehend erreicht. Die zugrundeliegende Abgrenzung von Agglomerationen als erschließungstechnisch sinnvolle Einzugsgebiete zentraler Kläranlagen hat sich dabei bewährt und darf durch eine Neuregelung nicht in Frage gestellt werden. In Artikel 2 Nummer 4 des Richtlinienvorschlags wird der Begriff „Agglomeration“ als Verdichtungsgebiet mit mindestens zehn Einwohnerwerte (EW)/Hektar konkretisiert. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, sich in den weiteren Beratungen auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass dieses Kriterium allenfalls als Richtwert und nicht als absoluter Grenzwert für die Abgrenzung einer Agglomeration dient.
8. Er bittet die Bundesregierung ferner, auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass für vorhandene individuelle Abwassersysteme, die mit praktikablem Aufwand weiterhin nicht an eine öffentliche Kanalisation angeschlossen werden können, die bisherigen Anforderungen nach dem Stand der Technik nicht verschärft werden.
9. Nach Artikel 4 Absatz 2 des Richtlinienvorschlags müssen individuelle Systeme innerhalb von Agglomerationen das gleiche Behandlungsniveau wie bei den Zweit- und Drittbehandlungsanlagen aufweisen. Auch innerhalb größerer Agglomerationen werden noch Kleinkläranlagen auf Grundstücken betrieben, die nur mit unverhältnismäßigem Aufwand an eine zentrale Kanalisation angeschlossen werden könnten. Diese Anlagen können abwassertechnisch nicht die gleichen Ablaufwerte für Sauerstoffbedarf und Nährstoffe einhalten wie größere Kläranlagen. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung daher, bei den weiteren Beratungen auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass diese Einzelfälle weiterhin aus einem größeren Verdichtungsgebiet ausgegrenzt werden können.
10. Der Bundesrat stellt fest, dass die Aufstellung von integrierten Plänen für die kommunale Abwasserbewirtschaftung durch die Gemeinden grundsätzlich sinnvoll ist. Der Bundesrat weist jedoch darauf hin, dass die Bezugsgrößen und

die Methodik für die Aufstellung der Pläne und für den Nachweis der Einhaltung der Zielvorgaben eindeutig definiert werden müssen. Insbesondere das 1-Prozent-Kriterium für die Beschränkung von Mischwasserabschlägen ist unklar. Je nach Begriffsverwendung für die Zielableitung variieren die Folgenabschätzungen signifikant und sind in Abhängigkeit davon erreichbar oder aber nicht erreichbar. Der Bundesrat bittet daher die Bundesregierung, in den weiteren Beratungen auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass die Anforderungen an die Aufstellung der integrierten Pläne, den Nachweis der Einhaltung der Zielvorgaben und die Überwachung konkretisiert werden, insbesondere das Richtziel beziehungsweise die Definition des Richtziels, wonach das aus Regenüberläufen stammende Abwasser nicht mehr als 1 Prozent der jährlich gesammelten kommunalen Abwasserlast betragen darf, angepasst oder gestrichen wird.

11. Die in Artikel 5 des Richtlinienvorschlags vorgesehene Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Aufstellung von integrierten Plänen für die kommunale Abwasserbewirtschaftung in Agglomerationen von 100.000 EW und mehr bis zum 31. Dezember 2030 und für risikogefährdete Agglomerationen von 10.000 bis 100.000 EW bis zum 31. Dezember 2035, einschließlich der Konkretisierung der erforderlichen Maßnahmen zur Erreichung der Ziele, wird als sehr ambitioniert angesehen; Gleiches gilt für die Fristen zur Umsetzung der Maßnahmen innerhalb nur weiterer fünf Jahre bis Ende 2035 beziehungsweise Ende 2040. Ohne eine flankierende Personal- und Finanzplanung befürchtet der Bundesrat eine Überforderung der Kommunen sowie der Vollzugs- und Fachaufsichtsbehörden. Er bittet die Bundesregierung daher, in den weiteren Verhandlungen auf eine angemessene Verlängerung der Fristen hinzuwirken.
12. Anforderungen an die Reinigungsleistung von Abwasserbehandlungsanlagen werden in Artikel 7 Absatz 1, Artikel 8 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 1, Artikel 16, Artikel 22 Absatz 1 und Artikel 24 Absatz 2 des Richtlinienvorschlags in Abhängigkeit von der Abwasserlast gestellt. Die Abwasserlast einer Abwasserbehandlungsanlage ist Schwankungen unterworfen und stellt keine geeignete Bezugsgröße für die Festlegung von Anforderungen dar. Gerade im Bereich maßgeblicher Schwellen wie einer Abwasserlast von 10.000 oder 100.000 EW führt eine schwankende Bezugsgröße zu einer Rechtsunsicherheit bei Anlagenbetreibern und Vollzugsbehörden. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung daher, darauf hinzuwirken, dass anstelle der „Abwasserlast“ die fest-

stehende „Ausbaugröße“ (Bemessung) einer Abwasserbehandlungsanlage die maßgebliche Bezugsgröße für Anforderungen an die Reinigungsleistung wird.

13. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass bei der Festlegung von Zielvorgaben für die Niederschlagswasserbeseitigung die eingeschränkten Anpassungsmöglichkeiten im baulichen Bestand ausreichend berücksichtigt und die im Richtlinienvorschlag zu kurz bemessenen Fristen für die Aufstellung und Umsetzung der Pläne angemessen angepasst werden.
14. Er bittet die Bundesregierung ferner, sich bei den weiteren Beratungen auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass bei der Festlegung von Zielvorgaben für Regenüberläufe und sonstige Siedlungsabflüsse die gegebenenfalls eingeschränkten Anpassungsmöglichkeiten im baulichen Bestand berücksichtigt und die Umsetzungsfristen für die Aufstellung von integrierten Bewirtschaftungsplänen wesentlich verlängert werden.
15. Der Bundesrat weist darauf hin, dass die für die Drittbehandlung vorgesehenen Grenzwerte für Phosphor und Stickstoff als Jahresmittelwerte für den Vollzug der Richtlinie von erheblichem Nachteil sind, da eine Reaktion der zuständigen Behörden bei Überschreitung der Werte nur rückwirkend nach jeweils einem Jahr möglich ist. Zudem ist unklar, ob die Grenzwerte über den in Deutschland aktuell ermittelten Stand der Technik hinausgehen, der in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe anhand aussagekräftiger Daten ermittelt wurde. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung daher, in den weiteren Beratungen auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass die Differenzierung der Anforderungen an die Nährstoffelimination für Kläranlagen zwischen 10.000 und weniger als 100.000 EW einerseits und ab größer 100.000 EW andererseits beibehalten wird und anstelle oder zusätzlich zu dem Jahresmittelwert ein Kurzzeitwert definiert wird, der sich an dem ermittelten Stand der Technik orientiert.
16. Er bittet die Bundesregierung, sich bei den weiteren Beratungen auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass bei den Anforderungen für die Stickstoffgrenzwerte wie bisher der Einfluss der Abwassertemperatur auf die Stickstoffelimination berücksichtigt wird.

17. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, bei den weiteren Beratungen auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass die bisherige nationale Überwachungssystematik unter Verwendung von Kurzzeitproben beibehalten werden kann.
18. Bei täglicher Probenahme, wie sie bei großen Anlagen für mehr als 100.000 EW vorgesehen ist, kann nicht sichergestellt werden, dass die Proben nur bei trockenen Witterungsverhältnissen im gesamten Einzugsgebiet der Kläranlage genommen werden. Diese Vorschrift sollte daher entfallen.
19. Die Viertbehandlung ist bislang keine Mindestanforderung nach dem Stand der Technik, sondern eine Maßnahme für den Gewässer- und Trinkwasserschutz, über die im Rahmen der Bewirtschaftung der Länder entschieden wird. Die Ausbaugröße der Kläranlagen ist ein wesentliches, jedoch nicht alleinentscheidendes Kriterium für die Viertbehandlung. Die für die Nachrüstung der Viertbehandlung vorgeschlagenen Fristen sind sehr ambitioniert. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung daher, in den weiteren Beratungen auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass die für die Nachrüstung der Viertbehandlung vorgesehenen Fristen soweit angepasst werden, dass eine Nachrüstung praktikabel umsetzbar ist.
20. Er hält es jedoch für erforderlich, angesichts von Lieferengpässen bei Arzneimitteln, den Aspekt der Versorgungslage mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln und der Sicherung des Pharma-Produktionsstandorts Deutschland zu berücksichtigen.

Der Bundesrat bittet im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der vorgesehenen erweiterten Herstellerverantwortung darauf zu achten, dass auch eine Kohärenz zur Arzneimittelstrategie (Eine Arzneimittelstrategie für Europa, 2020/286 final) und dem dort verfolgten Ziel, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der europäischen Arzneimittelindustrie zu unterstützen, erzielt wird. Eine Verschärfung der Lieferkettenprobleme bei wichtigen Arzneimitteln aufgrund von Produktionsverlagerungen in Drittländer sollte vermieden werden.

21. Der Bundesrat stellt fest, dass zur Gesundheitsversorgung zum Teil hoch toxische Pharmazeutika, insbesondere zur Behandlung von schweren Erkrankungen, wie zum Beispiel Krebserkrankungen, erforderlich sind. Die Belastung der Abwässer mit toxischen Rückständen kann nicht bei allen pharmazeutischen Produkten gänzlich vermieden werden. Der Bundesrat bittet, dies bei der Einführung der erweiterten Herstellerverantwortung zu berücksichtigen.
22. Er stellt ferner fest, dass die Realisierung der Herstellerfinanzierung eine wichtige Voraussetzung für die Festlegung einer verpflichtenden Umsetzung der Viertbehandlung in der vorgeschlagenen Richtlinie ist.
23. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, in den weiteren Beratungen auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass bei der erweiterten Herstellerverantwortung neben pharmazeutischen und kosmetischen Produkten auch in Europa vermarktete relevante Haushalts- und Industriechemikalien, wie zum Beispiel Reinigungs- und Materialschutzprodukte, sowie Pestizide zu berücksichtigen sind und die Festlegungen für die Umsetzung der Herstellerfinanzierung konkretisiert werden, um ein EU-weit einheitliches Vorgehen sicherzustellen.
24. Er weist darauf hin, dass der Umsetzungsaufwand für die Viertbehandlung mit circa 9 Milliarden Euro für die EU viel zu niedrig angesetzt ist. Allein der Investitionsaufwand für als dringlich betrachtete Kläranlagen in Deutschland wurde auf circa 6,5 Milliarden Euro geschätzt (Stand Juni 2021).
25. Der Bundesrat erachtet es grundsätzlich für sinnvoll, dass Kläranlagen ihren Energiebedarf aus erneuerbaren Quellen decken. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung jedoch, sich in den weiteren Beratungen auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass für die Erfüllung der Anforderungen an die Energieneutralität auch die Nutzung externer regenerativer Energiequellen möglich ist.
26. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, in den weiteren Beratungen auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass klargestellt wird, welche Prozesse der kommunalen Abwasserbeseitigung konkret Gegenstand der Energieaudits und der nachzuweisenden Energieneutralität sein sollen. Vorher ist eine Folgenabschätzung hinsichtlich Aufwand und Zeitbedarf für die Umsetzung nicht möglich.

27. Nach Artikel 11 des Richtlinienvorschlags sind für kommunale Abwasserbehandlungsanlagen mit einer Abwasserlast von 100.000 EW und mehr und für die an sie angeschlossenen Kanalisationen Energieaudits bis zum 31. Dezember 2025 durchzuführen. Diese Frist sieht der Bundesrat als zu kurz an und bittet die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, dass diese Frist angemessen verlängert wird.
28. Er bittet die Bundesregierung, bei den weiteren Beratungen auf EU-Ebene zu hinterfragen, ob eine grundsätzliche Pflicht zur Unterrichtung der Kommission nach Artikel 12 Absätze 1 und 2 des Richtlinienvorschlags bei jeglichen Gewässerbeeinträchtigungen durch Abwassereinleitungen und über jede Zusammenarbeit der beteiligten Mitgliedstaaten erforderlich ist. Damit würde eine zusätzliche Bürokratie aufgebaut, ohne dass ersichtlich ist, welche Verbesserungen damit verbunden sein sollen. Außerdem bittet der Bundesrat die Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass die Pflicht zur unverzüglichen Benachrichtigung bei möglichen erheblichen Auswirkungen auf flussabwärts gelegene Wasserkörper nicht daran geknüpft wird, dass die Verschmutzung „unbeabsichtigt“ erfolgt ist. Dies entzieht sich oft der Kenntnis des betroffenen Mitgliedstaates und ist für die Gefahren- und Schadensbeseitigung unerheblich.
29. Eine Genehmigungspflicht für sämtliche Einleitungen von nicht häuslichem Abwasser in die öffentliche Kanalisation ohne jegliche Schwellenwerte führt zu einem enorm hohen Verwaltungsaufwand. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung daher, sich bei den Beratungen auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die Voraussetzungen für eine Verhinderung oder Minimierung der Einleitung von Stoffen in nicht häusliches Abwasser in Artikel 14 Absatz 2 des Richtlinienvorschlags im Hinblick auf Effizienz und Verhältnismäßigkeit auf Einleitungen beschränkt werden, die wesentlich zur Abwasserbelastung in kommunalen Abwasseranlagen beitragen, und das deutsche Regelungssystem aus satzungs- und wasserrechtlichen Regelungen erhalten bleiben kann.
30. Nach Artikel 14 Absatz 4 des Richtlinienvorschlags ist vorgesehen, dass die spezifischen Genehmigungen mindestens alle sechs Jahre zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen sind. Aufgrund der immensen Anzahl an Indirekteinleitungen stellt diese Anforderung eine große Herausforderung für Wasserbehörden und Kommunen dar. Eine darüber hinausgehende Anpassungspflicht ist bei erheblicher Änderung der Merkmale des nicht häuslichen Abwassers, der

kommunalen Abwasserbehandlungsanlage oder des aufnehmenden Wasserkörpers vorgesehen. Hierdurch erhöht sich der Aufwand bei den Wasserbehörden und den Kommunen beträchtlich. Daher sollte die Änderung der Merkmale des nicht häuslichen Abwassers nur dann eine Anpassungspflicht der Genehmigung auslösen, wenn diese Merkmaländerungen negative Auswirkungen auf die kommunale Abwasserbehandlungsanlage oder das aufnehmende Gewässer erwarten lassen. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, sich für eine entsprechende Anpassung der Anforderung im vorgenannten Sinne einzusetzen.

31. Nach Artikel 14 Absatz 2 des Richtlinienvorschlags haben die Mitgliedstaaten geeignete Maßnahmen zu treffen, um Verschmutzungsquellen für nicht häusliches Abwasser zu ermitteln, zu verhindern und so weit wie möglich zu verringern, unter anderem wenn im Zulauf der nachgeschalteten kommunalen Abwasserbehandlungsanlage Schadstoffe ermittelt werden. Bei Indirekteinleitungen werden grundsätzlich auch Schadstoffe über die Kanalisation der kommunalen Kläranlage zur Behandlung zugeführt. Falls dies gänzlich unterbunden werden soll, müssten die gewerblichen/industriellen Indirekteinleiter den Parameterumfang der zu überwachenden Schadstoffe stark erweitern und zusätzliche Vorbehandlungen vor der Einleitung in die öffentlichen Kanalisationen durchführen. Daher bittet der Bundesrat die Bundesregierung, in den weiteren Verhandlungen darauf hinzuwirken, dass nicht das Vorhandensein von Schadstoffen im Zulauf, sondern im Ablauf einer kommunalen Abwasserbehandlungsanlage entsprechende Maßnahmen erforderlich macht.
32. Eine „systematische Förderung“ der Wiederverwendung von behandeltem Abwasser ist nur bei Wasserknappheit angezeigt. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung daher, in den weiteren EU-Beratungen darauf hinzuwirken, dass diese nicht verpflichtend für alle Mitgliedstaaten eingeführt wird.
33. Die Messung und Bewertung seuchenhygienischer Parameter (SARS-CoV-2 unter anderem) im Abwasser kann zur Unterstützung des Pandemiemanagements beitragen, weshalb der Bundesrat diese grundsätzlich begrüßt. Da das Monitoring zu Infektionsschutzzwecken und nicht für den Gewässerschutz durchgeführt wird, sollten die Anforderungen an eine gesundheitliche Abwasserbeobachtung jedoch außerhalb der Kommunalabwasserrichtlinie so geregelt werden, dass sie sich unmittelbar an die Gesundheitsverwaltung richten. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, in den weiteren Beratungen auf EU-

Ebene zumindest klarzustellen, dass die Regelung der Zuständigkeiten für erforderliche Maßnahmen vollständig den Mitgliedstaaten überlassen wird (abweichend Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe c) des Richtlinienvorschlags).

34. Sofern die Bundesregierung zu dem Ergebnis kommen sollte, dass hinsichtlich Artikel 17 des Richtlinienvorschlags eine ausreichende Regelungskompetenz der Union gegeben ist, bittet der Bundesrat die Bundesregierung, auf EU-Ebene auf Folgendes hinzuwirken:

- Die Etablierung der Erregerdiagnostik soll in Abhängigkeit von der pandemischen Lage und Relevanz erfolgen.
- Es soll keine Nennung eines Prozentsatzes zur Überwachung von SARS-CoV-2 im Abwasser erfolgen. Die Wahl der kommunalen Abwasserentnahmestellen soll die Bevölkerung repräsentativ und Ballungsräume abdecken.
- Aussagen über die Ausdehnung und Häufigkeit von Untersuchungen zu mikrobiellen Resistenzen sollen erst nach der Definition geeigneter Parameter und Festlegung der Untersuchungsmethoden gemacht werden.

35. Er hält die in Artikel 17 Absätze 1, 3 und 4 des Richtlinienvorschlags formulierten Vorgaben für zu spezifisch. Sie stehen einer zielführenden Anpassung an die jeweilige epidemiologische Lage und an aktuelle Forschungsergebnisse entgegen.

Daher schlägt der Bundesrat folgende Änderungen vor:

- Im Artikel 17 Absatz 1 des Richtlinienvorschlags sollten das SARS-CoV-2-Virus und das Influenzavirus nicht explizit genannt werden, da für diese Erreger die Sinnhaftigkeit einer Surveillance im Abwasser von der aktuellen epidemiologischen Lage abhängig ist und noch keine ausreichenden Daten für eine belastbare Kosten-Nutzen-Analyse zur Verfügung stehen.
- Artikel 17 Absatz 3 des Richtlinienvorschlags bezieht sich ausschließlich auf SARS-CoV-2 und sollte deshalb entfallen oder allgemeiner formuliert werden, so dass auch Fälle einer gesundheitlichen Notlage durch andere Erreger eingeschlossen sind, sofern für diese eine Surveillance im Abwasser zielführend ist.

Eine Festlegung auf einen Bevölkerungsanteil (hier 70 Prozent) sollte keinesfalls genannt werden, sondern der jeweiligen Situation angepasst werden können.

- In Artikel 17 Absatz 4 des Richtlinienvorschlags (antimikrobielle Resistenz) sollte keine konkrete Einwohnerzahl genannt werden und auch keine konkreten Messintervalle, da auch hier eine Anpassung an die jeweilige epidemiologische Lage und unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten ermöglicht werden sollte.

36. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, sich bei den weiteren Verhandlungen dafür einzusetzen, dass der Richtlinienvorschlag dahingehend angepasst wird, dass die oben genannten konkreten Vorgaben entfallen, um situationsgerechte Anpassungen an die epidemiologische Lage und an den aktuellen Wissensstand zu ermöglichen.
37. Er bittet die Bundesregierung außerdem auch für den Fall, dass Regelungen zu der seuchenhygienischen Überwachung nach Artikel 17 des Richtlinienvorschlags bestehen bleiben, die Umsetzung einschließlich der Kostenübernahme im Zuständigkeitsbereich der Gesundheitsverwaltung – fachlich und rechtlich – sicherzustellen. Die Betreiber der Abwasseranlagen können unterstützend tätig sein.
38. Nach Artikel 18 Absatz 1 des Richtlinienvorschlags haben die Mitgliedstaaten innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten der Richtlinie für alle Einleitungen kommunalen Abwassers eine Bewertung der Risiken auf Wasserkörper zur Trinkwasserentnahme, auf Badegewässer sowie auf den ökologischen Zustand von Wasserkörpern und Wasserkörpern mit Aquakulturen durchzuführen. Diese Frist wird vom Bundesrat als sehr kurz angesehen. Daher bittet er die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, dass diese Frist angemessen verlängert wird.
39. Die Anforderungen an eine regelmäßig wiederkehrende Risikobewertung für alle Abwassereinleitungen und die Aufstellung von Maßnahmenprogrammen im 5-jährlichen Rhythmus ist nicht kongruent mit den Vorgaben der WRRL, die eine 6-jährliche Bewertung und Maßnahmenfestsetzung vorsehen. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung daher, in den weiteren Beratungen auf EU-Ebene auf eine entsprechende Kongruenz hinzuwirken.

40. Der Bundesrat stellt fest, dass die Ausweitung der Überwachungsaufgaben inklusive einer Verdoppelung der Überwachungshäufigkeiten im Anhang I Teil D Nummer 3 des Richtlinienvorschlags einen erheblichen zusätzlichen Aufwand bei Behörden und Betreibern verursachen würde, insbesondere auch im Hinblick auf die Einbeziehung der Kläranlagen ab 1.000 EW. Die messtechnische Überwachung von Schadstoffkonzentrationen und -frachten in Regenüberläufen und Siedlungsabflüssen ist nicht praktikabel, sondern allenfalls die Erfassung von Dauer und Häufigkeit bei Mischwasserentlastungen und summarischer Frachten, zum Beispiel über Modellierungen. Die regelmäßige Überwachung von Kläranlagen über 10.000 EW auf Schadstoffe, die nachweislich überwiegend diffus eingetragen werden, zum Beispiel die überwiegende Zahl der prioritären Stoffe nach der UQN-Richtlinie, oder für die keine emissionsseitigen Beurteilungskriterien vorliegen, zum Beispiel Stoffe der Grundwasser- oder Trinkwasserrichtlinie, ist aus Gewässerschutzgründen nicht gerechtfertigt. Er bittet die Bundesregierung daher, sich bei den weiteren Beratungen auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die Anforderungen an die Überwachung beibehalten oder unter Berücksichtigung der vorgenannten Aspekte angepasst werden und die bisherige Überwachung durch eine Kombination aus Selbstüberwachung und amtlicher Überwachung in Deutschland weiterhin möglich bleibt.
41. Die geforderte Überwachung von Mikroplastik im Klärschlamm hat zur Voraussetzung, dass geeignete und standardisierte Untersuchungsmethoden etabliert werden. Eine Ausnahme von der Überwachungsverpflichtung sollte für Klärschlamm gelten, der verbrannt wird, da in diesem Fall kein Mikroplastik in die Umwelt gelangt.
42. Die Ausweitung der Berichtspflichten unter Artikel 22 Absatz 1 des Richtlinienvorschlags würde einen erheblichen zusätzlichen Aufwand bei den Behörden verursachen. Eine nennenswerte Kompensation des Zusatzaufwands durch den Wegfall der bisherigen Art der Berichterstattung (bisheriger Artikel 15) ist nicht erkennbar. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung daher, sich in den weiteren Beratungen auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die Anforderungen an die Berichtspflichten im Hinblick auf den Umfang und die Berichtsintervalle so angepasst werden, dass der bisher regelmäßig anfallende Aufwand für die Erfüllung von Berichtspflichten nicht erhöht wird.

43. Die Aufstellung, Übermittlung sowie Aktualisierung von nationalen Durchführungsprogrammen würde einen erheblichen zusätzlichen Aufwand bei den Behörden und den abwasserbeseitigungspflichtigen Kommunen verursachen. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung daher, in den weiteren Beratungen auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass die Regelungen so angepasst werden, dass der Umsetzungsaufwand so gering wie möglich gehalten wird.
44. Eine sachgerechte Ermittlung und Planung der für die Umsetzung der Richtlinie erforderlichen Maßnahmen und Investitionen für jede Gemeinde ist innerhalb der vorgesehenen kurzen Frist (23 Monate nach Inkrafttreten der Richtlinie) nicht leistbar. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung daher, in den weiteren Beratungen auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass den Mitgliedstaaten eine ausreichend lange Frist zur Erstellung des nationalen Durchführungsprogramms eingeräumt wird.
45. Die Vorschläge zur Öffentlichkeitsarbeit bedeuten einen erheblichen Arbeitsaufwand und verursachen erhebliche Kosten. Andererseits ist eine Informationsflut für die Empfänger zu erwarten. Die individuellen Informationen haben wenig Nutzen für die einzelnen Bürgerinnen beziehungsweise Bürger. Allgemeine Informationen auf der Internetseite der Gemeinden für Interessierte/Fachkreise sind für eine angemessene Information der Öffentlichkeit ausreichend. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung daher, bei den weiteren Beratungen auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass die Regelungen zur Information der Öffentlichkeit auf die nach Artikel 24 Absatz 1 in Verbindung mit Anhang VI des Richtlinienvorschlags beschränkt werden.
46. Er bittet die Bundesregierung außerdem, bei den weiteren Beratungen auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass die bestehenden Möglichkeiten zur Überprüfung des Verwaltungshandelns zur Umsetzung der Richtlinie nicht ausgeweitet werden.
47. Der Bundesrat stellt fest, dass die Regelung in Artikel 26 Absatz 3 des Richtlinienvorschlags dem Anschein nach lediglich das bei unionsrechtlich geregelten Rechtspositionen der Einzelnen nach der Rechtsprechung des EuGH stets geltende Effektivitätsgebot wiederholt. Soweit damit kein weitergehender Regelungsgehalt verbunden sein soll, wäre die Regelung daher zu streichen. Soweit das Gegenteil der Fall ist, ist aus Sicht des Bundesrates zu fordern, dass durch

den Normgeber selbst konkret bezeichnet wird, welche über die allgemeinen Regeln hinausgehenden Rechtsfolgen beabsichtigt sind.

48. Der Bundesrat kritisiert, dass die Regelung in Artikel 26 Absatz 5 des Richtlinienvorschlages zur Verjährung von Schadensersatzansprüchen keine absolute Höchstfrist vorsieht. Eine solche ist elementarer Bestandteil, etwa des deutschen Verjährungsrechts, und findet ihre legitime Daseinsberechtigung in dem Gedanken der Rechtssicherheit, dem Rechtsfrieden und der im Laufe der Jahre zunehmend schwieriger werdenden Beweislage. Artikel 26 Absatz 5 Satz 2 des Richtlinienvorschlages knüpft jedoch den Beginn der Verjährungsfrist zwingend an ein subjektives Moment der geschädigten Person („weiß, dass sie (...) Schaden genommen hat“). Liegt diese subjektive Voraussetzung nicht vor, kann dies dazu führen, dass der Schadensersatzanspruch nie verjährt. Dies würde einen erheblichen Bruch (zumindest) mit der deutschen Verjährungsdogmatik bedeuten, da § 199 Absatz 2 und 3 BGB für alle Arten von Schadensersatzansprüchen absolute Verjährungshöchstfristen vorsieht, die von einem subjektiven Element unabhängig sind. Zudem ist auch keine Rechtfertigung dafür ersichtlich, nach Kenntnis von dem Anspruch noch eine Frist von fünf Jahren für die Klageerhebung vorzusehen. Ferner ist nicht nachvollziehbar, warum auf das subjektive Element der grob fahrlässigen Unkenntnis verzichtet und nur auf die positive Kenntnis der geschädigten Person abgestellt wird; eine Privilegierung desjenigen, der die im Verkehr erforderliche Sorgfalt in hohem Maße verletzt, naheliegende Überlegungen nicht anstellt und sich aufdrängende Informationen unbeachtet lässt, erscheint nicht gerechtfertigt. Der Bundesrat fordert daher, den Mitgliedstaaten ausdrücklich zu gestatten, auch die Regelungen des nationalen Verjährungsrechts vorzusehen.

49. Der Bundesrat übermittelt diese Stellungnahme direkt an die Kommission.